

Substanzielles Protokoll 161. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 23. Januar 2013, 17.00 Uhr bis 19.58 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Albert Leiser (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Substanzielles Protokoll: Sarah Stutte

Anwesend: 116 Mitglieder

Abwesend: Irene Bernhard (GLP), Sven Oliver Dogwiler (SVP), Dominique Feuillet (SP), Adrian Gautschi (GLP), Michèle Halser-Furrer (EVP), Alecs Recher (AL), Bruno Sidler (SVP), Heinz F. Steger (FDP), Roger Tognella (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|--|-----------|
| 1 | | Mitteilungen | |
| 2. | 2013/12 | Eintritt von Beat Camen (SVP) anstelle des zurückgetretenen Bruno Amacker (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014 | |
| 3. | 2013/3 | *
E Motion der AL-, CVP-, Grüne- und SP-Fraktion vom 09.01.2013: BZO, Definierung von Rahmenbedingungen für einen Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen in Gestaltungsplänen | VHB |
| 4. | 2012/324 | Weisung vom 05.09.2012:
Liegenschaftsverwaltung, Erstellen einer kommunalen Wohnsiedlung auf dem Areal der Kronenwiese, Quartier Zürich-Unterstrass, Objektkredit | FV
VHB |
| 5. | 2013/5 | E Postulat von Dr. Esther Straub (SP) und Kathy Steiner (Grüne) vom 09.01.2013:
Verkehrsberuhigende Massnahmen auf dem an das Areal Kronenwiese angrenzenden Teilstück der Kronenstrasse | PV |
| 6. | 2012/342 | Weisung vom 19.09.2012:
Liegenschaftsverwaltung, Erstellen einer kommunalen Wohnsiedlung auf dem Herdernareal, Quartier Aussersihl, Projektierungskredit | FV
VHB |
| 7. | 2012/483 | E/A Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Kathy Steiner (Grüne) vom 12.12.2012:
Bau der Wohnsiedlung Herdernareal, Ersatz oder Kompensation der durch die Erweiterung der Bauzone verlorengelassene Grünfläche im Gebiet 1 | VTE |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|---|----|
| 8. | 2011/138 | A/P | Motion von Marcel Schönbächler (CVP) vom 20.04.2011:
Umgestaltung der Landparzelle zwischen Heinrich- und Josefstrasse in eine benutzerfreundliche Grünanlage | FV |
| 9. | 2011/175 | E/A | Motion der FDP-Fraktion vom 25.05.2011:
Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudgets, Ausdehnung der Globalbudgets auf sämtliche Dienstabteilungen der Stadt Zürich | FV |
| 10. | 2011/182 | A | Postulat von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und Jacqueline Badran (SP) vom 25.05.2011:
Verzicht auf die Vermietung der Wohnungen in der städtischen Liegenschaft Kreuzstrasse 11/Dufourstrasse 36 an das Opernhaus | FV |
- * Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

3529. 2013/3

**Motion der AL-, CVP-, Grüne- und SP-Fraktion vom 09.01.2013:
BZO, Definierung von Rahmenbedingungen für einen Mindestanteil an preisgünstigen Wohnungen in Gestaltungsplänen**

Mario Mariani (CVP) beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Die Dringlichkeit erfolgt vorsorglich mit der Gewissheit, dass ein Ablehnungsantrag gestellt wird. Die Motion ist ein indirekter Gegenvorschlag zu einer Einzelinitiative, die dann zurück gezogen würde.

Der Rat wird über den Antrag am 30. Januar 2013 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Geschäfte

3530. 2013/12

Eintritt von Beat Camen (SVP) anstelle des zurückgetretenen Bruno Amacker (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010–2014

In Anwendung von § 108 des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) hat der Stadtrat mit Beschluss vom 23. Januar 2013 anstelle von Bruno Amacker (SVP 6) mit sofortiger Wirkung für den Rest der Amtsdauer 2010 bis 2014 als gewählt erklärt:

Camen, Beat, SVP, Wahlkreis 6, Personen- und Unternehmensberatung, geboren am 15. Juni 1949, von Riom-Parsonz/GR, Geeringstrasse 48h, 8049 Zürich.

3531. 2013/3

**Motion der AL-, CVP-, Grüne- und SP-Fraktion vom 09.01.2013:
BZO, Definierung von Rahmenbedingungen für einen Mindestanteil an preis-
günstigen Wohnungen in Gestaltungsplänen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion zur Prüfung entgegenzunehmen.

Namens der SVP-Fraktion stellt Roland Scheck (SVP) den Ablehnungsantrag.

Damit ist das Geschäft vertagt.

Mitteilung an den Stadtrat

3532. 2012/324

**Weisung vom 05.09.2012:
Liegenschaftsverwaltung, Erstellen einer kommunalen Wohnsiedlung auf dem
Areal Kronenwiese, Quartier Zürich-Unterstrass, Objektkredit**

Antrag des Stadtrats

A. Zuhanden der Gemeinde:

Für die Erstellung der Wohnsiedlung Kronenwiese (einschliesslich Doppelkindergarten, Hort und Kindertagesstätte) im Quartier Zürich-Unterstrass wird ein Objektkredit von Fr. 64 800 000.– (ohne Tiefgarage, einschliesslich provisorischen, nach den «Richtlinien 65» ermittelten Landkosten von Fr. 7 900 000.–) bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen Aufstellung der Kostenschätzung (1. April 2012) und der Bauausführung.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

1. Die Motion von Karin Rykart Sutter (Grüne) und Walter Angst (AL) vom 30. August 2006 (GR Nr. 2006/344) betreffend einem Planungskredit für die Erarbeitung eines baureifen Projekts zur Erstellung einer kommunalen Wohnsiedlung auf dem Areal zwischen Bienen-, Herdern- und Bullingerstrasse (Kat.-Nrn. 6271 und 6272) – oder, falls dies am genannten Standort aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein sollte, auf einem anderen für diesen Zweck geeigneten Areal in der Stadt Zürich, wird als erledigt abgeschrieben.
2. Das Postulat, GR Nr. 2008/197, von Walter Angst (AL) vom 7. Mai 2008 betreffend Berücksichtigung Landwert vor Neubewertung wird als erledigt abgeschrieben.
3. Das Postulat, GR Nr. 2008/278, von Corine Mauch (SP) und Marlène Butz (SP) vom 18. Juni 2008 betreffend Vorgaben für das Erstellen von Wohnraum auf der Kronenwiese wird als erledigt abgeschrieben.
4. Das Postulat, GR Nr. 2008/279, von Marlène Butz (SP) und Corine Mauch (SP) vom 18. Juni 2008 betreffend Erschliessung des Areals Kronenwiese durch Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr wird als erledigt abgeschrieben.
5. Das Postulat, GR Nr. 2008/280, von Esther Straub (SP) und Myriam Barzotto (SP) vom 18. Juni 2008 betreffend Räumlichkeiten für eine Kinderkrippe in der geplanten Überbauung Kronenwiese wird als erledigt abgeschrieben.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Rückweisung:

Dr. Esther Straub (SP): Auf dem Areal Kronenwiese wird es die erste städtische Siedlung mit einem Null-Energie-Haus geben. Alles wird mit eigener Energie gedeckt, der Minergie-Standard wurde von P-Eco auf A-Eco erhöht. Auch deshalb sind die Erstellungskosten neu 20 % höher als beim Projektionskredit. In der vorliegenden Weisung favorisiert der Stadtrat eine Siedlung ohne Tiefgarage. Das wirkt sich kostensenkend auf das Gesamtprojekt aus und passt besser in das Konzept des Null-Energie-Hauses. Es gibt nur vier Besucherinnenparkplätze und mit dem Konzept für autoarmes Wohnen können Pflichtparkplätze reduziert und im Parkhaus Stampfenbach sichergestellt werden.

Kommissionsminderheit Rückweisung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Wir plädieren für die Ausarbeitung einer neuen Weisung, die eine Tiefgarage inkludiert. Bei jedem städtischen Projekt setzt sich die Ideologie durch, entweder autoarmes oder autoloses Wohnen voranzutreiben. Belegt man die Parkplätze im Parkhaus Stampfenbach und vermietet sie fest an die Bewohner der Siedlung, verknappt man den Parkraum für die Zukunft. Es ist vor allem nachts sehr unfreundlich, den Weg vom Parkhaus zur Siedlung zu Fuss gehen zu müssen. Sich extern in einem Parkhaus einmieten zu müssen, ist eigentlich immer nur eine Notlösung.

Weitere Wortmeldungen:

Cäcilia Hänni-Etter (FDP): Die FDP unterstützt den Rückweisungsantrag der SVP. Die Stadt hat beschlossen, familienfreundliche Wohnungen zu bauen und das beinhaltet Parkplätze. Es ist für Autofahrer wichtig, dass sie ihre Fahrzeuge möglichst nah bei ihrer Wohnung abstellen können. Die SP postuliert, Wohnungen für alle zu bauen, doch sie baut nur für die eigene Wählerschaft. Die Siedlung ist auch nicht autark, denn das wäre sie nur, wenn sie vom Netz genommen würde und dann hätten die Bewohner im Winter tatsächlich keinen Strom mehr. Der Versuch, eine Minergie-A-Siedlung zu bauen, ist nicht der richtige Weg für nutzbare, sinnvolle Familienwohnungen in der Stadt.

Kathy Steiner (Grüne): Nicht jede Liegenschaft benötigt eine eigene Tiefgarage. In der unmittelbaren Nachbarschaft besteht schon ein übergrosses Angebot an privaten Parkplätzen. Die Nachfrage sollte das Angebot bestimmen. Zukünftig sollte bei jeder städtischen Überbauung darauf geachtet werden, wie die Erschliessung mit öffentlichen Verkehrsmitteln aussieht und wie viele ungenutzte Parkmöglichkeiten vorhanden sind.

Niklaus Scherr (AL): Ein Rückweisungsantrag heisst, jetzt wieder alles auf die lange Bank zu schieben. Wenn in einer Vorlage auf eine Garage verzichtet werden kann, dann in dieser. Das Parkhaus Stampfenbach liegt nahe und bietet Parkmöglichkeiten an. Wem diese nicht reichen, der betreibt Autofundamentalismus. Das Bekenntnis zur 2000-Watt-Gesellschaft wird dadurch dramatisch relativiert.

Severin Pflüger (FDP): Was wir betreiben, ist Familienfundamentalismus. Wir möchten Wohnungen, die auf die Bedürfnisse der Bewohner zugeschnitten sind. Wir verlangen nicht für jede Wohnung einen Parkplatz, sondern für 100 Wohnungen 33 Parkplätze. Wir sagten damals, wir möchten die Parkgarage optional haben und jetzt kommt das Projekt ohne einen einzigen Parkplatz. Die Entscheidungsfreiheit wird uns somit entzogen und wenn wir dem Projekt in der bestehenden Form nicht zustimmen, wird behauptet, wir seien gegen den gemeinnützigen Wohnungsbau.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Wenn jemand Verzögerungstaktik betreibt, ist es die linke Seite mit ihrem Vorschlag, Autos in das Parksilo auszulagern.

Christoph Spiess (SD): Wir unterstützen den Rückweisungsantrag auch und lehnen die ganze Vorlage ab. Würde die Überbauung an einem anderen Ort stehen, könnten wir sie auch ohne Tiefgarage gutheissen. Wir sind für mehr gemeinnützigen Anteil im Wohnungswesen, dies sollte aber im Rahmen des bestehenden Gebäudebestands passieren. Wir sind grundsätzlich dagegen, dass man Freiflächen mit intaktem Boden überbaut.

Fabienne Nicole Vocat (SP): Wenn man sagt, etwas sei ideologisch, ist das kein Sachargument. Man muss auch eine Diskussion mit Argumenten führen und nicht nur mit Wörtern.

Dr. Martin Mächler (EVP): Wir sind für autofreie Siedlungen in der Stadt, aber dagegen, dass die Mehrheit jede städtische Siedlung in eine autofreie Siedlung umbauen will. Wir wollen nicht, dass das an sich gute Bauvorhaben nochmal um zwei Jahre verschoben wird, in zwei Jahren wird die Mehrheit immer noch keine Tiefgarage wollen.

Matthias Wiesmann (GLP): Man sollte gute Projekte nicht an Details scheitern lassen, die niemanden ausschliessen. Die Siedlung möchte ein Minergie-A-Eco-Label erreichen, also sollte man sich dort auch über das Autofahren Gedanken machen. Es wird nicht immer autofrei gefordert, am Hornbach wird z. B. eine Tiefgarage gebaut. Eine Verzögerungstaktik hilft hier niemandem.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Wir denken, dass die aufgezeigte Möglichkeit ein guter Mittelweg ist. SVP und FDP waren gegen den Grundsatzartikel, dass bis 2050 in der Stadt ein Drittel der Wohnungen gemeinnützig sein sollen. Dann sind sie hier auch nicht plötzlich für den gemeinnützigen Wohnungsbau. Dazu zu stehen wäre stringent. Aber alles nun auf die Parkplätze abzuschieben, wäre genauso falsch, wie von der linken Seite jede Überbauung an den Parkplätzen aufzuhängen. Es wäre sinnvoller, über erträgliche Mieten und Energielabels zu diskutieren, aber beim Projektierungskredit und nicht beim Objektkredit.

Mauro Tuena (SVP): Ein gesunder Mittelweg wären 33 Parkplätze gewesen und nicht null. Es gibt nun mal Leute in der Stadt, die ein Auto erwiesenermassen benötigen oder einfach wollen. Aber mit einer solchen Vorlage verbietet man ihnen, hier zu wohnen. Die Leute parkieren dann irgendwo im Quartier, die Realität hinsichtlich der Fülle an blauen Zonenparkplätzen ist eine andere.

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:

Der Stadtrat wird beauftragt eine neue Weisung vorzulegen, welche wieder eine Parkgarage vorsieht.

Mehrheit:	Dr. Esther Straub (SP), Referentin; Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Andreas Edelmann (SP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Kathy Steiner (Grüne), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit:	Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Präsident Severin Pflüger (FDP), Urs Fehr (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 39 Stimmen zu.

Dispositivziffer A

Kommissionsmehrheit:

Dr. Esther Straub (SP): Die Mehrheit der Kommission befürwortet den Objektkredit und beantragt die Zustimmung.

Kommmissionsminderheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es ist familienunfreundlich, den Leuten zuzumuten, nachts noch vom Parkhaus zurück zu laufen. Es ist durchaus ein Argument, jemandem vorzuwerfen, dass er ideologisch und fundamentalistisch argumentiert, weil er dann für sachliche Argumente nicht mehr zugänglich ist. Um mit den Kosten einigermaßen im Rahmen zu bleiben, musste man den Standard der Wohnungen abspecken, nur um das Minergie-Label um jeden Preis zu bekommen.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer A

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer A.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer A.

Mehrheit: Dr. Esther Straub (SP), Referentin; Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Andreas Edelmann (SP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Kathy Steiner (Grüne), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Präsident Severin Pflüger (FDP), Urs Fehr (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 41 Stimmen zu.

Dispositivziffer B1

Kommissionsreferentin:

Dr. Esther Straub (SP): Die Kommission beantragt das Postulat abzuschreiben, weil die kommunale Wohnungssiedlung erstellt wird, wenn auch nicht auf dem ursprünglich angedachten Areal.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer B1

Die SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer B1.

Zustimmung: Dr. Esther Straub (SP), Referentin; Präsident Severin Pflüger (FDP), Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Andreas Edelmann (SP), Urs Fehr (SVP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Kathy Steiner (Grüne), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP), Katrin Wüthrich (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 115 gegen 0 Stimmen zu.

Dispositivziffer B2

Kommissionsmehrheit:

Niklaus Scherr (AL): Dieses Postulat verlangte seinerzeit, dass der ursprüngliche Landwert vor der Aufwertung berücksichtigt werden soll. Wir beantragen, das Postulat

präventiv aufrecht zu erhalten. Wir sind damit auf dem Preislevel, das die kantonale Wohnbauförderungsverordnung als Limit setzt, damit die Wohnungen subventioniert werden können. Es besteht das Risiko, dass die Kostenlimite nicht eingehalten wird, deshalb müsste man beim Landwert ein wenig unter den Richtlinienwert kommen.

Kommissionsminderheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Den Schaden begrenzt man nur, wenn so ein Postulat abgelehnt wird.*

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer B2

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer B2.

Die Minderheit der SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer B2.

Mehrheit: Niklaus Scherr (AL), Referent; Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Andreas Edelmann (SP), Dr. Pawel Silberring (SP), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Präsident Severin Pflüger (FDP), Urs Fehr (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 57 gegen 58 Stimmen ab.

Dispositivziffer B3

Kommissionsreferentin:

Dr. Esther Straub (SP): *Im vorliegenden Postulat wurde der Minergie-P-Standard gefordert. Jetzt wird mit Minergie-A-Eco der Standard noch überboten, weshalb das Postulat abgeschrieben werden kann.*

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer B3

Die SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer B3.

Zustimmung: Dr. Esther Straub (SP), Referentin; Präsident Severin Pflüger (FDP), Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Andreas Edelmann (SP), Urs Fehr (SVP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Kathy Steiner (Grüne), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP), Katrin Wüthrich (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 115 gegen 0 Stimmen zu.

Dispositivziffer B4

Kommissionsmehrheit:

Niklaus Scherr (AL): *Das Postulat steht im Zusammenhang mit der Verkehrsführung und Erschliessung des Areals. Wir haben noch ein anschliessendes Postulat, deshalb möchten wir beliebt machen, die Dispositivziffer abzulehnen.*

Kommissionsminderheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Das Postulat ist völlig obsolet geworden bei solch einer Weisung. Es ist abzuschreiben.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Esther Straub (SP): Es geht um die verkehrstechnische Anbindung im Bereich der Kronenstrasse. Diese ist noch nicht genügend durchdacht und wird anschliessend an die Weisung im Begleitpostulat diskutiert, weshalb wir das Postulat stehen lassen wollen.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer B4

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer B4.

Die Minderheit der SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer B4.

Mehrheit: Niklaus Scherr (AL), Referent; Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Andreas Edelmann (SP), Dr. Pawel Silberring (SP), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Präsident Severin Pflüger (FDP), Urs Fehr (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 57 gegen 59 Stimmen ab.

Dispositivziffer B5

Kommissionsreferentin:

Dr. Esther Straub (SP): Im Postulat wurde eine Kinderkrippe gefordert. Diese wird gebaut, weshalb das Postulat abzuschreiben ist.

Schlussabstimmung zur Dispositivziffer B5

Die SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer B5.

Zustimmung: Dr. Esther Straub (SP), Referentin; Präsident Severin Pflüger (FDP), Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Andreas Edelmann (SP), Urs Fehr (SVP), Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Kathy Steiner (Grüne), Jean-Claude Virchaux (CVP), Matthias Wiesmann (GLP), Katrin Wüthrich (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 116 gegen 0 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

A. Zuhanden der Gemeinde:

Für die Erstellung der Wohnsiedlung Kronenwiese (einschliesslich Doppelkindergarten, Hort und Kindertagesstätte) im Quartier Zürich-Unterstrass wird ein Objektkredit von Fr. 64 800 000.– (ohne Tiefgarage, einschliesslich provisorischen, nach den «Richtlinien 65» ermittelten Landkosten von Fr. 7 900 000.–) bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindex zwischen Aufstellung der Kostenschätzung (1. April 2012) und der Bauausführung.

B. Zur Beschlussfassung in eigener Kompetenz:

1. Die Motion von Karin Rykart Sutter (Grüne) und Walter Angst (AL) vom 30. August 2006 (GR Nr. 2006/344) betreffend einem Planungskredit für die Erarbeitung eines baureifen Projekts zur Erstellung einer kommunalen Wohnsiedlung auf dem Areal zwischen Bienen-, Herdern- und Bullingerstrasse (Kat.-Nrn. 6271 und 6272) – oder, falls dies am genannten Standort aus irgendwelchen Gründen nicht möglich sein sollte, auf einem anderen für diesen Zweck geeigneten Areal in der Stadt Zürich, wird als erledigt abgeschrieben.
2. Das Postulat, GR Nr. 2008/197, von Walter Angst (AL) vom 7. Mai 2008 betreffend Berücksichtigung Landwert vor Neubewertung wird als erledigt abgeschrieben.
3. Das Postulat, GR Nr. 2008/278, von Corine Mauch (SP) und Marlène Butz (SP) vom 18. Juni 2008 betreffend Vorgaben für das Erstellen von Wohnraum auf der Kronenwiese wird als erledigt abgeschrieben.
4. Das Postulat, GR Nr. 2008/279, von Marlène Butz (SP) und Corine Mauch (SP) vom 18. Juni 2008 betreffend Erschliessung des Areals Kronenwiese durch Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr wird als erledigt abgeschrieben.
5. Das Postulat, GR Nr. 2008/280, von Esther Straub (SP) und Myriam Barzotto (SP) vom 18. Juni 2008 betreffend Räumlichkeiten für eine Kinderkrippe in der geplanten Überbauung Kronenwiese wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat und das Zentralwahlbüro sowie amtliche Publikation am 30. Januar 2013 gemäss Art. 10 der Gemeindeordnung

3533. 2013/5

Postulat von Dr. Esther Straub (SP) und Kathy Steiner (Grüne) vom 09.01.2013: Verkehrsberuhigende Massnahmen auf dem an das Areal Kronenwiese angrenzenden Teilstück der Kronenstrasse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Polizeidepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Dr. Esther Straub (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3482/2013): Die Zulieferung des Gewerbes geht neu über die Kronenstrasse und auch die Besucherparkplätze sind in den unteren Bereich verlegt worden. Im untersten Bereich der Sackgasse wird die Glasentsorgungsstelle eingerichtet. Umgekehrt wird in der Siedlung ein Doppelkindergarten und Hort erstellt sowie Familien mit Kindern ziehen ein. Kinder werden also die Kronenstrasse häufig queren. Es gab noch keine überzeugenden Antworten über die Sicherung der jetzigen Tempo-50-Strasse. Wir wollen mit unserem Postulat erreichen, dass die Situation nochmals eingehend geprüft wird.*

***Urs Fehr (SVP)** begründet den namens der SVP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag: Die Stadtverwaltung hat klar gesagt, was sie dort für Vorstellungen hat. Die Kronenstrasse wird schon auf Tempo 30 reduziert. Das Postulat ist überflüssig.*

Weitere Wortmeldungen:

***Severin Pflüger (FDP):** Warum will man eine Sackgasse beruhigen? In der Regel fährt kein Mensch mit Tempo 50 in eine Sackgasse. Entsprechend sind die Autofahrer automatisch ein wenig vorsichtiger und sehen, dass das eine Strasse ist, in der es gefährdete Fussgänger haben könnte. Wir lehnen deshalb das Postulat ab, beantragen aber eine Textänderung. Wir möchten flüssigen Verkehr auf der Hauptachse, aber beruhigten Verkehr auf den Nebenstrassen. Der Stadtrat soll deshalb prüfen, wie Tempo 30 auf dem angrenzenden Teilstück der Kronenstrasse eingeführt werden kann.*

Kathy Steiner (Grüne): Das Projekt hat gewonnen, weil es sich so schön öffnet auf Seiten Schindlergut-Park. In diese Öffnung hat man die Sackgasse mit acht blauen Parkplätzen und der Glassammelstelle gepfercht. Es leuchtet nicht ein, warum dies nirgendwo anders Platz gehabt hätte und somit der Suchverkehr in die Sackgasse geleitet wird. Das ist widersinnig an einem Ort, wo sich Kinder aufhalten und die Strasse überqueren.

Mauro Tuena (SVP): Was die FDP verlangt, macht die Stadt bereits. Die blauen Zonenparkplätze wollen SP und Grüne nicht, sie wollen die Strasse generell sperren. Dabei ist es der einzige Ort, wo man noch blaue Zonenparkplätze machen kann. Mit dem Textänderungsantrag sagt man indirekt, dass man diese Verkehrspolitik unterstützt.

Dr. Pawel Silberring (SP): Die Parkplätze sind im Süden, die Glassammelstelle ist im Süden. Deshalb wollten wir die Zufahrt von Süden her machen. Das Finanzdepartement meinte, das ginge nicht, weil man eine Ausfahrt in die Rousseaustrasse machen müsste und das würde den Durchgangsverkehr behindern. Man kann mit weichen Massnahmen trotzdem noch etwas verändern. Das Postulat ist offen formuliert, zweifelt keinen der Parkplätze an und tangiert keinen Durchgangsverkehr.

Das Postulat wird mit 79 gegen 36 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3534. 2012/342

Weisung vom 19.09.2012:

Liegenschaftsverwaltung, Erstellen einer kommunalen Wohnsiedlung auf dem Herdernareal, Quartier Aussersihl, Projektierungskredit

Antrag des Stadtrats

Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit Kostenvoranschlag für eine kommunale Wohnsiedlung an der Herdern-/Bullingerstrasse, Kat.-Nr. AU5734, Quartier Aussersihl, wird der vom Stadtrat bewilligte Projektierungskredit von Fr. 380 000.– um Fr. 2 120 000.– auf 2 500 000.– erhöht.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionmehrheit Änderungsantrag 1:

Andreas Edelmann (SP): Der Fokus soll hier mehr auf 4,5-Zimmer-Wohnungen für Familien gelegt werden. Das Projekt ist in der Weisung als Minergie-P-Eco oder Minergie-A-Eco Standard vorgesehen und soll gleichzeitig die Kriterien der 2000-Watt-Gesellschaft erfüllen. Die Aussenräume sollen Teil des Konzepts sein und einen multifunktionalen Freiraum ermöglichen. Der Stadtrat hat bereits in eigener Kompetenz 380 000 Franken für die Durchführung des Wettbewerbs bewilligt. Jetzt geht es darum, die grössere Tranche zu sprechen, um das Bauprojekt mit Kostenvoranschlag auszuarbeiten, damit das Siegerprojekt mit Baukredit dem Gemeinderat vorgelegt werden kann. Es gibt in der Umgebung ein städtisches Parkhaus mit leeren Plätzen. Es ist nicht nötig, im Objekt eine Tiefgarage zu bauen, wenn in unmittelbarer Distanz Parkmöglichkeiten verfügbar sind. Dadurch würden auch eine Million Franken für die Parkierung entfallen.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag 1:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Wenn man irgendwo extern ein Parkhaus hat, das zum jetzigen Zeitpunkt nicht voll genutzt wird, nimmt man das als Ausrede, um dort die Parkplätze zu realisieren.

Weitere Wortmeldungen:

Cäcilia Hänni-Etter (FDP): Es ist grotesk, wie die grün-linke Ratsmehrheit zunehmend versucht, der Hälfte der Bevölkerung vorzuschreiben, wie sie sich in der Stadt zu bewegen hat. Die Familienwohnungen sind demnach nur für Leute, die kein Auto haben wollen. Ob die blauen Zonenparkplätze in Zukunft noch dort sind, ist nicht gesichert. Bei Neubauten prophylaktisch darauf zu verzichten, günstige Parkplätze zu bauen und sie stattdessen zu verschieben, ist fahrlässig.

Dr. Davy Graf (SP): In der Stadt haben wir zur Zeit 200 000 Wohneinheiten. Die Bevölkerung hat der neuen Parkplatzverordnung zugestimmt und jetzt fangen wir zaghaft an, bei einigen Siedlungen das Konzept umzusetzen. Es gibt einen riesigen Bestand an Parkplätzen. Solange noch Parkhäuser leer sind und Genossenschaften sowie Private Mühe haben, Parkplätze zu vermieten, ist es innerhalb einer Quartierentwicklungsplanung sinnvoll, diese zuerst zu besetzen.

Andreas Edelmann (SP): Wir haben einen Auftrag vom Volk, den Individualverkehr zu reduzieren. Mit dieser Weisung zu einem Wohnbauprojekt können wir einen kleinen Schritt in diese Richtung machen. Die Siedlung selber soll begrünt werden, weshalb wir den Änderungsantrag der SD nicht unterstützen, jedoch dem Postulat zustimmen.

Jean-Claude Virchaux (CVP): In der Umgebung gibt es schon sehr viele Wohnungen ohne Parkplätze. Ob die Lösung wirklich gut ist, davon sind wir nicht überzeugt. Trotzdem wollen wir das Projekt deshalb nicht kippen. Es wird ein gutes Projekt und deshalb können wir ihm zustimmen.

Severin Pflüger (FDP): Darf man gegen gemeinnützigen Wohnungsbau sein, weil einen ein kleines Detail stört? Ja, denn sonst sind wir immer im Zugzwang. Wir lehnen den Änderungsantrag ab und wenn er durchkommt, müssen wir konsequenterweise auch gegen die Weisung sein, sonst haben wir keine Verhandlungsmacht in der Frage.

Claudia Rabelbauer-Pfiffner (EVP): Wenn schon autofrei, soll man es konsequent machen und im Mietvertrag festhalten. Mit der neuen Parkplatzverordnung werden die Plätze reduziert, aber warum nicht Tiefgaragen bauen, die eine reduzierte Anzahl von Parkplätzen zur Verfügung stellen? Gerade aus ökologischer Sicht soll Wohnen und Arbeiten zusammengehören. Wenn alle Gewerbler aus der Stadt gedrängt werden, haben wir einen riesigen Pendlerverkehr, den die Grünen auch nicht wollen. Wir brauchen eine gewisse Kompromisspolitik, die situativ entscheidet. Wir befinden das Herdernareal nicht als autoarm geeignet.

Roger Liebi (SVP): Unter dem Vorwand des gemeinnützigen Wohnungsbaus von der linken Seite inklusive CVP baut man autofreie Wohnungen. Diejenigen, die nicht dafür sind, sind gleichzeitig die Gegner des gemeinnützigen Wohnungsbaus. Wie kann man dezidiert gegen den Änderungsantrag sein und dann doch zustimmen?

Markus Knauss (Grüne): Im hochpreisigen Wohnungsbau werden viel mehr Leute diskriminiert, doch das ist dann der freie Markt. Wir vereinbaren nur die Infrastruktur der Stadt mit den realen Bedürfnissen der Anwohner. Es sollten die leeren Infrastrukturen genutzt werden.

Mauro Tuena (SVP): Die Parkplatzverordnung ist noch nicht in Kraft und wir wissen nicht, ob sie so umsetzbar ist. Jetzt macht man eine Voranwendung von etwas, das gerichtlich erst noch beurteilt werden muss. In den zwei Parkhäusern, die erwähnt wurden, herrscht eine spezielle Situation vor. Doch es gibt viel mehr Leute, die lange auf der Suche nach geeigneten Parkplätzen in ihrer Nähe sind.

Änderungsantrag 1

Die Mehrheit der SK FD beantragt folgende Ergänzung zum Antrag des Stadtrats:

Die erforderlichen Abstellplätze für die Wohnungsmietenden nach neuer PPV sind innerhalb der baurechtlich zulässigen Distanz in der näheren Umgebung auszuweisen, die übrigen PP oberirdisch auf dem Areal.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des Änderungsantrags.

Mehrheit: Andreas Edelmann (SP), Referent; Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Philipp Käser (GLP) i. V. von Matthias Wiesmann (GLP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Katrin Wüthrich (SP)

Minderheit: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Präsident Severin Pflüger (FDP), Urs Fehr (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP), Jean-Claude Virchaux (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 46 Stimmen zu.

Änderungsantrag 2

Christoph Spiess (SD): *Wir brauchen in erster Linie bezahlbare Wohnungen. Boden, der einmal kaputt ist, kann nicht mehr ersetzt werden. Der Boden ist umso wertvoller, wenn er in einem dicht besiedelten Gebiet liegt. Selbstverständlich fand der Kanton einen Grund, warum das doch eingezont werden kann, obwohl es landwirtschaftlich nutzbares Land ist. Wir beantragen, dass die kommunale Wohnsiedlung ohne Erweiterung der Bauzone an der Herdernstrasse konzipiert wird.*

Urs Fehr (SVP): *Ich muss schmunzeln, wenn die SD die Rechte der Schrebergartenbewohner so verteidigt. Dort gibt es Klein-Italien, Klein-Serbien und alles Mögliche, aber immer weniger Schweizer.*

Christoph Spiess (SD): *Man muss ja nicht Familienareal abschaffen, weil es dort zu viele italienische Fähnchen gibt. Das Land ist doch vorhanden. Wenn die Schweizer sich nicht für ein Gartenareal interessieren, sind sie selbst schuld.*

Änderungsantrag 2

Christoph Spiess (SD) beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit Kostenvoranschlag für eine kommunale Wohnsiedlung an der Herdern-/Bullingerstrasse ohne Erweiterung der Bauzone, Kat.-Nr. AU5734, Quartier Aussersihl, wird der vom Stadtrat bewilligte Projektierungskredit von Fr. 380 000.– um Fr. 2 120 000.– auf Fr. 2 500 000.– erhöht.

Der Rat lehnt den Antrag von Christoph Spiess (SD) mit 5 gegen 107 Stimmen ab.

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK FD beantragt Zustimmung zum bereinigten Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK FD beantragt Ablehnung des bereinigten Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Andreas Edelmann (SP), Referent; Vizepräsident Dr. Davy Graf (SP), Philipp Käser (GLP) i. V. von Matthias Wiesmann (GLP), Niklaus Scherr (AL), Dr. Pawel Silberring (SP), Kathy Steiner (Grüne), Dr. Esther Straub (SP), Florian Utz (SP) i. V. von Katrin Wüthrich (SP)
Minderheit: Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP), Referent; Präsident Severin Pflüger (FDP), Urs Fehr (SVP), Cäcilia Hänni-Etter (FDP)
Enthaltung: Jean-Claude Virchaux (CVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 42 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

Für die Ausarbeitung eines Bauprojekts mit Kostenvoranschlag für eine kommunale Wohnsiedlung an der Herdern-/Bullingerstrasse, Kat.-Nr. AU5734, Quartier Aussersihl, wird der vom Stadtrat bewilligte Projektierungskredit von Fr. 380 000.– um Fr. 2 120 000.– auf 2 500 000.– erhöht.

Die erforderlichen Abstellplätze für die Wohnungsmietenden nach neuer PPV sind innerhalb der baurechtlich zulässigen Distanz in der näheren Umgebung auszuweisen, die übrigen PP oberirdisch auf dem Areal.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 30. Januar 2013 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 1. März 2013)

3535. 2012/483

Postulat von Gabriele Kisker (Grüne) und Kathy Steiner (Grüne) vom 12.12.2012: Bau der Wohnsiedlung Herdernareal, Ersatz oder Kompensation der durch die Erweiterung der Bauzone verlorengelassene Grünfläche im Gebiet 1

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Gabriele Kisker (Grüne)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 3413/2012): Ein Teil der Schrebergärten wird abgeschnitten und es soll überlegt werden, wie in der Planungsphase die Erkenntnisse der städtischen Klimaanalyse einfließen können. Es gilt also, eine kompensatorische Massnahme für den Verlust zu überlegen. Wir möchten prüfen lassen, wie die verlorenen Grünflächen möglichst nah wieder ersetzt werden können.*

***Thomas Schwendener (SVP)** begründet den von Roland Scheck (SVP) namens der SVP-Fraktion am 16. Januar 2013 gestellten Ablehnungsantrag: Wenn wir weniger Zuwanderung haben, müssen wir weniger verdichten und den ÖV nicht ausbauen. Stellt man das Auto unten in die Garage, ist es weg von der Strasse und man kann dort Bäume pflanzen.*

Weitere Wortmeldung:

***Severin Pflüger (FDP):** Auf dem Herdernareal haben wir das grosse Privileg, dass wir schon auf dem Parkplatz bauen können, es geht kein Boden verloren. Die kompensatorischen Massnahmen sind mir nicht klar, eine Dachbegrünung und Vorgartenbepflanzung ist ohnehin vorgeschrieben. Einerseits wollen die Grünen das Wohnen fördern und andererseits nichts überbauen.*

Das Postulat wird mit 76 gegen 36 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Persönliche Erklärung:

Christoph Spiess (SD) hält eine persönliche Erklärung zur Art und Weise der Sitzungsleitung des Ratspräsidenten.

3536. 2011/138

Motion von Marcel Schönbächler (CVP) vom 20.04.2011:

Umgestaltung der Landparzelle zwischen Heinrich- und Josefstrasse in eine benutzerfreundliche Grünanlage

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit sie als Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

***Marcel Schönbächler (CVP)** begründet die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 1292/2011): Die Landparzelle zwischen Heinrich- und Josefstrasse ist momentan eine Art Zwischennutzung und ein Schandfleck im Kreis 5. Das Anliegen zur Begrünung der Parzelle gibt es schon seit Jahrzehnten. Das Gelände soll sinnvoll genutzt werden. Die Stiftung St. Jakob plant einen Neubau für ihr Gewerbehäuser. Der Vorstoss soll als Postulat überwiesen werden. Das Projekt, obwohl es noch nicht spruchreif ist, ist ein gutes. Darin kann man sicherlich auch das Anliegen nach mehr Grünraum einfliessen lassen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Martin Vollenwyder:** Die Stiftung St. Jakob platzt beim Stauffacher aus allen Nähten und hat dieses Projekt deshalb ins Auge gefasst. Das Grundstück würde sich für diesen Zweck sehr gut eignen. Die Leute, die dort arbeiten, sind darauf angewiesen, dass sie in der Nähe von Tram und Bus sind. Mit der Entgegennahme des Postulats hoffen wir, wenn wir soweit sind mit der Planung, dort eines Tages der Institution das Gebäude übergeben zu können.*

Weitere Wortmeldungen:

***Martin Bürlimann (SVP):** Die Motion will einen Park zwischen Heinrich- und Josefstrasse im Industriequartier. In der Begründung schreiben die Motionäre selber, warum das nicht geht. Die Parzelle gehört zum Heizkraftwerk und wird momentan als Parkplatz benutzt. Die Festlegung des Verwendungszwecks erfolgt erst im Zusammenhang mit der Neunutzung des Kehrrichtheizkraftwerkareals. Eine Zwischennutzung, die viel Geld kostet, ist nicht opportun. Deshalb lehnt die SVP die Motion auch als Postulat ab.*

***Markus Knauss (Grüne):** Die beiden Nutzungen, Freiraum fürs Quartier zu schaffen und der Stiftung St. Jakob Expansionsmöglichkeiten zu eröffnen, ist ein gangbarer Weg. Es ist eine Restfläche, die durchaus als Zwischennutzung fungieren und somit sinnvoller genutzt werden kann als bisher. Vor allem, weil es sich mit dem neuen Projekt noch hinzieht.*

***Katrin Wüthrich (SP):** Die SP ist sehr froh, dass man die Parkierungsanlage aufhebt, weshalb wir das Postulat unterstützen. Bis man das Baurecht abgibt, könnte man die Freifläche dem Quartier überlassen, damit dieses darauf etwas machen kann.*

***Dr. Richard Wolff (AL):** Der Kreis 5 hat die grösste Unterversorgung an Grünflächen. Ich fände es falsch, die Stiftung St. Jakob gegen Freiraum auszuspielen. Ich bin dafür, dass die Stiftung einen neuen Ort bekommt, aber geht das nicht auf Kosten des Grünraums im Kreis 5?*

Matthias Wiesmann (GLP): *Wir lehnen die Motion auch als Postulat ab. Das Gelände kann genutzt werden, auch wenn sich das Projekt St. Jakob zerschlagen würde. Man sollte ein Gebäude dort platzieren, wo es für das Quartier sinnvoll ist und nicht einfach eine Grünanlage fordern.*

STR Martin Vollenwyder: *Wir haben sehr viele Grundstücke geprüft für die Stiftung St. Jakob. Das Baurecht kann der Gemeinderat noch bewilligen, das hat im Moment mit der Kehrrichtverwertung an der Josefstrasse nichts mehr zu tun.*

Marcel Schönbächler (CVP) ist einverstanden die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Martin Bürlimann (SVP) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat.

Das Postulat GR Nr. 2013/22 (statt Motion GR Nr. 2011/138, Umwandlung) wird mit 68 gegen 47 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

3537. 2011/175

Motion der FDP-Fraktion vom 25.05.2011: Verordnung über die Haushaltsführung mit Globalbudgets, Ausdehnung der Globalbudgets auf sämtliche Dienstabteilungen der Stadt Zürich

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Dr. Urs Egger (FDP) begründet namens der FDP-Fraktion die Motion (vergleiche Protokoll-Nr. 1357/2011): *Für das Wahrnehmen der strategischen Aufgabe der Ausrichtung des Budgets und der Ziele, die man mit den Finanzen erreichen soll, ist das Globalbudget ein geeignetes Instrument. Deshalb soll man die Globalbudgets für alle Dienstabteilungen einführen.*

Christoph Spiess (SD) begründet den am 15. Juni 2011 gestellten Ablehnungsantrag: *Es ist ein Verzicht auf Kontrollkompetenzen. Es ist viel schwieriger als mit dem REMO-Modell, ganz gezielt bestimmte Typen von Ausgaben anzugehen, die in einer bestimmten Verwaltungseinheit zu hoch sind. Innerhalb vom Globalbudget hat die Verwaltung viel mehr Spielraum. Vielleicht ist auch der Hintergrund der Motion, lange Budgetdebatten zu verhindern. Aber auch das geht nur um den Preis, die eigenen Kompetenzen selber zu beschränken. Das Globalbudget ist kein schlechtes Instrument, eignet sich aber nicht für alle Verwaltungseinheiten gleich.*

Weitere Wortmeldungen:

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Es ist erstaunlich, dass der Stadtrat die Motion entgegennimmt, obwohl er in der Abstimmungszeitung etwas anderes gesagt hat. Damit man das Globalbudget behandeln kann, benötigt man viel mehr Kenntnis über das operative Geschäft der einzelnen Dienstabteilungen. Mit den Globalbudgets fällt auch das Mittel der Zusatzkredite weg, das bedeutet wieder einen Handlungsspielraum weniger.*

Walter Angst (AL): *Wir haben in der Gemeindeordnung festgeschrieben, dass man in gewissen Bereichen Globalbudgets führt. Es ist nicht förderlich, zwei Jahre nach der Abstimmung zu kommen, jetzt wo der Rat oder seine Kommissionen selbst bei der Beratung der jetzigen Globalbudgets eigentlich überfordert sind.*

Min Li Marti (SP): *Man hat die Verordnung vor kurzem erst debattiert und eingeführt. Das Problem ist tatsächlich, dass es uns allen noch nicht ganz klar ist, wie man genau*

mit den Globalbudgets steuern soll. Das Instrument ist noch nicht erprobt. Vielleicht möchte die FDP nicht genau sagen, wo man sparen soll. Bei den Globalbudgets kann man die Verantwortung dem Stadtrat übergeben.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es wurde gesagt, dass der Gemeinderat eine strategische Funktion hätte und sich deshalb auf Globalbudgets beschränken könnte. Es gibt aber vorgelagert auch eine operationelle und eine taktische Ebene. Wenn man sich nur auf die strategische Ebene konzentriert und die anderen nicht mehr unter Kontrolle hat, hängt alles im luftleeren Raum. Es ist wichtig, hier Akzente zu setzen. Deshalb wird man mit Globalbudgets stadtübergreifend sicher nicht glücklich.

Jean-Claude Virchaux (CVP): Wir werden die Motion unterstützen. Das ist eine Herausforderung für das Parlament und keine Einbusse der Rechte. Es ist eine Zunahme von Verpflichtungen des Parlaments. Damit könnten wir gewisse Budgetdebatten viel mehr aufs Wesentliche beschränken. Ich hoffe, dass wir noch zu einem substanziellen Ausbau der Dienststellen mit Globalbudget in Zürich kommen.

Gerhard Bosshard (EVP): Es geht um eine Verwesentlichung mit den Globalbudgets. Wir als Rat könnten uns somit auf die Strategien, Zielvereinbarungen und Kontrollen konzentrieren und uns nicht ständig zeitlich in Kleindebatten über kleine Budgets verlieren.

Samuel Dubno (GLP): Die GLP stimmt der Motion ebenfalls zu. Wir glauben, dass eine Steuerung der Organisation in der Grössenordnung der Stadt Zürich primär darüber laufen sollte, was zu tun ist, wie das gemessen werden soll und wie viel es kostet. Die Detaildebatte, wie sie im Budget immer wieder zelebriert wird, halten wir für wenig zielführend. Es wird mehr Arbeit geben mit den Globalbudgets zu arbeiten und schwieriger, die Produkte, Ziele und Steuerungsgrössen vorzugeben.

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht um eine effiziente Gestaltung einerseits der Parlamentsarbeit, aber auch der Verwaltungsarbeit. Das Argument, dass die Kontrolle in den Globalbudgets heute noch nicht funktioniert, lasse ich nicht gelten. Man kann ja schliesslich besser werden und sollte es auch.

Die Motion wird mit 34 gegen 80 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

3538. 2011/182

Postulat von Dr. Jean-Daniel Strub (SP) und Jacqueline Badran (SP) vom 25.05.2011:

Verzicht auf die Vermietung der Wohnungen in der städtischen Liegenschaft Kreuzstrasse 11/Dufourstrasse 36 an das Opernhaus

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1379/2011) und zieht es zurück: Die städtische Wohnbaupolitik, die den Anteil an gemeinnützigen Wohnungen fördern will, wird gleichzeitig vom Kanton konterkariert. Wir verstehen nicht, warum die Stadt dem Kanton in der Form, wie es mit der Vermietung der Liegenschaft Kreuzstrasse/Dufourstrasse passiert ist, entgegen kommen soll. Für uns bestehen die Gründe, die uns zur Einreichung des Postulats bewogen haben, umso eindeutiger weiter. Die Verträge, die dem Geschäft zugrunde liegen, sind aber schon unterschrieben. Alle Mieterinnen und Mieter der erwähnten Liegenschaft sind ausgezogen und in der Zwischenzeit ist der Umbau im Gang. Das ist das konjunkturelle Schick-

sal des Vorstosses, auf der Ebene eines konkreten Postulats keine Wirkung mehr erzielen zu können.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

3539. 2013/23

Postulat der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 23.01.2013: Einführung von Tempo 30 auf kommunalen Strassen, auf welchen die Lärmgrenzwerte überschritten werden

Von der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion ist am 23. Januar 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er auf jenen kommunalen Strassen, auf welchen beim Lärm die Immissionsgrenzwerte überschritten werden, Tempo 30 einführen kann. Ausnahmen sind möglich, wenn es sich um Strassen mit wenig Anwohnerinnen und Anwohnern handelt, sowie wenn der öffentliche Verkehr durch Tempo 30 übermässig beeinträchtigt würde.

Begründung

Das Bundesrecht schreibt der Stadt Zürich vor, dass die Gemeinde- und Hauptstrassen bis im Jahr 2018 lärmsaniert sein müssen (Art. 17 LSV). Dabei müssen Massnahmen an der Quelle gegenüber Vorkehrungen, die lediglich die Lärmausbreitung verhindern, vorgezogen werden (Art. 13 Abs. 3 LSV). Ausnahmen sind nur dann zulässig, wenn überwiegende öffentliche Interessen Massnahmen an der Quelle entgegenstehen. Bei kommunalen Strassen ist dies nur sehr selten der Fall; das Bundesrecht schreibt also in den meisten Fällen Massnahmen an der Quelle zwingend vor.

Eine äusserst effektive Massnahme an der Quelle ist die Einführung von Tempo 30. Zum einen sind weniger schnell fahrende Autos generell leiser, und zum anderen wird dieser Effekt noch dadurch verstärkt, dass Tempo 30 eine verstetigte Fahrweise ermöglicht. Unter dem Strich hat die Senkung des Tempolimits von 50 auf 30 lärmtechnisch die gleiche Auswirkung wie eine Halbierung der Verkehrsmenge.

Neben der Lärmreduktion bringt die Einführung von Tempo 30 auch weitere Vorteile: Der CO₂-Ausstoss nimmt ab, die Luftqualität verbessert sich und die Verkehrssicherheit wird erhöht (einerseits nimmt die Anzahl der verletzten Menschen um 40 Prozent ab, und andererseits sind die Verletzungen meistens deutlich weniger schwer).

Aus all diesen Gründen begrüssen die Postulantinnen, dass der Stadtrat letztes Jahr angekündigt hat, auf 39 neuen Strassenabschnitten Tempo 30 einzuführen. Gleichzeitig sind sie aber auch der Meinung, dass dieser Schritt in die richtige Richtung nicht weit genug geht. Deshalb bitten sie den Stadtrat, auch auf weiteren kommunalen Strassen Tempo 30 einzuführen.

Der Bund beteiligt sich noch bis ins Jahr 2018 mit 25 Prozent an den Kosten, welche bei Lärmschutzmassnahmen wie Tempo 30 anfallen. Wenn die Stadt Zürich die ohnehin erforderlichen Massnahmen zu lange hinauszögert, so bezahlen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler die Rechnung für das unnötige Zuarbeiten. Deshalb ist schnelles Handeln gefragt!

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

3540. 2013/24

**Dringliche Schriftliche Anfrage von Cécilia Hänni-Etter (FDP), Marc Bourgeois (FDP) und 31 Mitunterzeichnenden vom 23.01.2013:
Sanierung der Albisriederstrasse, Auswirkungen der Sperrung sowie geplante flankierende Massnahmen**

Von Cécilia Hänni-Etter (FDP), Marc Bourgeois (FDP) und 31 Mitunterzeichnenden ist am 23. Januar 2013 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Die Stadt Zürich plant dem Vernehmen nach, die Albisriederstrasse zwischen Zentrum Albisrieden und Waldegg im Jahr 2013 zu sanieren und die Strasse während dieser Bauarbeiten mehrere Monaten lang für den MIV zu sperren. Gleichzeitig wird auch die Kapazität der Birmensdorferstrasse eingeschränkt sein, da auch dort Bauarbeiten geplant sind.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche verkehrsmässigen Auswirkungen hat die Sperrung der Albisriederstrasse auf die Verkehrssituation an der Birmensdorferstrasse während der Morgen- und Abendstunden sowie während des Tages?
2. Welche Auswirkungen hat dies auf die übrigen umliegenden Strassen im Quartier, insbesondere auf die Triemlistrasse?
3. Welche flankierenden Massnahmen sind zur Entschärfung dieser Situation geplant?
4. Wurde eine Verschiebung der Bauarbeiten an der Albisriederstrasse bis nach Fertigstellung der Birmensdorferstrasse geprüft? Mit welchem Resultat?
5. Wie ist die Finanzierung vorgesehen? Welches sind insbesondere die gebundenen Kosten, gibt es einen Objektkredit, in welcher Kompetenz wird dieser behandelt und wo sind die entsprechenden Kosten eingestellt?

Mitteilung an den Stadtrat

3541. 2013/25

**Schriftliche Anfrage von Dr. Pawel Silberring (SP) und Christian Traber (CVP) vom 23.01.2013:
Krippenangebot im Quartier Leimbach**

Von Dr. Pawel Silberring (SP) und Christian Traber (CVP) ist am 23. Januar 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Das Quartier Leimbach ist ein rasch wachsendes Quartier, in dem viele Familien wohnen. Bis 2011 gab es in diesem Quartier keine Kinderkrippe. Seit Anfang 2012 ist eine private Krippe tätig, die aber den Bedarf allein nicht abdecken kann. Die nächstgelegene öffentliche Krippe ist das Kinderhaus Entlisberg, das ebenfalls mit Kapazitätsproblemen kämpft und vor allem der Wollishofer Bevölkerung dient. Als weitere Ausweichmöglichkeit fahren die Eltern ihre Kinder nach Adliswil in die Krippe. In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist der Stadtrat auch der Meinung, dass das Angebot in Leimbach dem aktuellen Bedarf und den Zielen des vom Volk 2004 angenommenen Gegenvorschlags zur Initiative „Kinderbetreuung konkret“ nicht ausreichend Rechnung trägt und deshalb verstärkt werden sollte?
2. Gibt es konkrete Pläne für eine öffentliche Kinderkrippe in Leimbach und wenn Ja, wo und bis wann?
3. Wenn es keine konkreten Pläne gibt, ist der Stadtrat bereit, Projekte dafür anzugehen, evtl. in einer der Grossüberbauungen (Sihbogen, Manegg)?
4. Welche Alternativen kann der Stadtrat aktuell für berufstätige Eltern mit Kindern im Krippenalter in Leimbach anbieten?

Mitteilung an den Stadtrat

3542. 2013/26

Schriftliche Anfrage von Matthias Probst (Grüne) und Kathy Steiner (Grüne) vom 23.01.2013:

Notschlafstellen für Wanderarbeitende, Engagement der Hilfswerke und Handlungsbedarf der Stadt

Von Matthias Probst (Grüne) und Kathy Steiner (Grüne) ist am 23. Januar 2013 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Gemäss Aussagen des Stadtrates gegenüber Medienschaffenden (Tagesanzeiger vom 14.01.2013 mit dem Titel: „Ohne Job und ohne Bett in Zürich“) möchte der Stadtrat Zürich möglichst unattraktiv machen für Wanderarbeitende. Er hält dazu in einem Brief an die Hilfswerke fest: „Wir erachten es als entscheidend, alles darauf auszurichten, dass Zürich kein Anziehungspunkt für Menschen ohne berufliche Perspektiven wird.“ Konkret geht es darum, dass die Hilfswerke (Stadtmission, Sieber Werke, Caritas und Rotes Kreuz) an der Brauerstrasse 30 Betten als Notschlafstelle für Wanderarbeiter anbieten möchten und dazu das Gespräch mit dem Stadtrat suchten. Der Stadtrat rechtfertigte daraufhin mit oben zitiertem Satz seine ablehnende Haltung gegenüber dem Projekt.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Findet es der Stadtrat tragbar, dass Leute in Zürich kältegefährdet werden, nur damit eine abschreckende Wirkung auf Wanderarbeitende erzielt wird?
2. Wieso begrüsst der Stadtrat das humanitäre Engagement der Hilfswerke für die Wanderarbeitenden nicht?
3. Ist der Stadtrat bereit, die Stadt auch für andere Gruppen von Menschen, die ein Problem verursachen, zum Beispiel Menschen, die in völlig überdimensionierten Wohnungen leben und dadurch massgeblich zur Wohnungsnot beitragen, unattraktiv zu machen, oder sind Unattraktivitätsmassnahmen nur für Randgruppen ein Thema?
4. Was unternimmt der Stadtrat konkret, um die ausbeuterische Situation von Wanderarbeitenden in der Stadt Zürich zu verbessern?
5. Was passiert mit Wanderarbeitenden in der Stadt Zürich, die temporär obdachlos sind?
6. Wie ist die Auslastung der bestehenden Notschlafstellen in besonders kalten Winternächten? Kommt es vor, dass Leute abgewiesen werden müssen wegen Platzmangel? Falls ja, wie oft?
7. Wie sieht der Stadtrat die Situation bei Notwohnungen? Gibt es genügend Notwohnungen?

Abgesehen von den Wanderarbeitenden stellt sich die Frage 7. vor allem auch für Alleinstehende, die keine Sozialhilfe oder Sozialberatung in Anspruch nehmen möchten.

8. Findet der Stadtrat, es gibt genügend Notwohnungen für Alleinstehende, die keine Sozialhilfe oder Sozialberatung möchten?
9. Welche alternativen Angebote, Wohnungen und/oder Unterkünfte gibt es für Personen, die eine Notwohnung beanspruchen müssen? (Wir bitten um eine Übersicht, gegliedert nach Stadtkreisen.)
10. Wie ist die Finanzierung für die alternativen Angebote geregelt? Zahlt die Stadt in irgendeiner Form mit?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

3543. 2010/172

SK TED/DIB, Ersatzwahl eines Mitglieds anstelle der zurückgetretenen Mirella Wepf (SP) für den Rest der Amtsdauer 2012–2014

Es wird gewählt (Beschluss des Büros vom 21. Januar 2013):

Andreas Edelmann (SP)

Mitteilung an den Stadtrat und an den Gewählten

3544. 2004/442

Weisung vom 07.12.2011:

Motion von Gregor Bucher (Grüne), vertreten durch Dr. Ueli Nagel (Grüne), betreffend Angestellte in städtischen Kliniken und Spitälern, Unterstellung unter das Arbeitsgesetz, Verzicht auf Umsetzung und Antrag auf Abschreibung

Der Stadtrat erstattet dem Gemeinderat mit der Zuschrift vom 9. Januar 2013 Bericht zum Rückweisungsauftrag a) vom 30. Mai 2012.

3545. 2012/388

Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR), Ergänzung von Art. 56

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 28. November 2012 ist am 4. Januar 2013 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 30. Januar 2013.

3546. 2012/203

Weisung vom 16.05.2012:

Sozialdepartement, Beiträge an 12 Trägerschaften für 37 soziokulturelle Angebote 2013 bis 2018

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 28. November 2012 ist am 4. Januar 2013 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 30. Januar 2013.

3547. 2012/304

Weisung vom 22.08.2012:

Sozialdepartement, Verein Pinocchio, Beratungsstelle für Eltern und Kinder, Beiträge 2013 bis 2018

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 28. November 2012 ist am 4. Januar 2013 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 30. Januar 2013.

3548. 2012/305

Weisung vom 22.08.2012:

Sozialdepartement, Verein ada-zh Angehörigenvereinigung Drogenabhängiger Zürich, Beiträge 2013 bis 2018

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 28. November 2012 ist am 4. Januar 2013 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 30. Januar 2013.

3549. 2012/325

Weisung vom 05.09.2012:

Soziale Einrichtungen und Betriebe, Nachtpension, Antrag auf definitive Einführung des Angebots ab 1. Januar 2013

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 28. November 2012 ist am 4. Januar 2013 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 30. Januar 2013.

Nächste Sitzung: 30. Januar 2013, 17 Uhr.